



Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik

Berlin
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis
Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke.wk01@bundestag.de

Berlin, 07. April 2020

Pressemitteilung

Die 60-Stunden-Woche ist das Gegenteil von Gesundheitsschutz

Zu der von der Bundesregierung geplanten Covid-19-Arbeitszeitverordnung erklärt Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik:

In Zeiten der Corona-Pandemie ist der Gesundheitsschutz für die Menschen das Allerwichtigste. Wenn jetzt gerade diejenigen, die sowieso schon am Anschlag arbeiten, noch länger arbeiten sollen und keine angemessenen Ruhephasen mehr haben, dann ist das absolut kontraproduktiv. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Bundesregierung so viele Berufsgruppen von den geltenden Arbeitszeitregeln ausnimmt. Warum sollen LKW-FahrerInnen, LagerarbeiterInnen oder KassiererInnen im Supermarkt 12 Stunden lang arbeiten?

Die 60-Stunden-Woche, eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden und 9-Stunden-Ruhephasen für Familienpflichten, Einkauf, Essen, Erholung und Schlaf sind nur in einer absoluten Notsituation im medizinischen Bereich und in Berufen, die die öffentliche Ordnung sicherstellen, hinnehmbar. Für alle anderen ist das der völlig falsche Weg. Richtig wäre es stattdessen, mehr Personal zu suchen, damit die notwendige Arbeit auf mehr Schultern verteilt werden kann. Jetzt in der Krise entsteht so viel Solidarität und Bereitschaft, sich zu engagieren. Und genau dieses Engagement sollte genutzt werden. Es braucht keine längeren Arbeitszeiten für ein gutes Dutzend Berufsgruppen. Stattdessen reichen Anreize für Beschäftigte in Kurzarbeit oder Studierende. So könnten Engpässe abgefedert werden, ohne die Arbeitszeiten auszuweiten.

Problematisch ist auch, dass die Bundesregierung so einschneidende arbeitszeitrechtliche Änderungen auf den Weg bringen möchte, ohne die Gewerkschaften dabei einzubeziehen. Die Corona-Pandemie ist nur gemeinsam zu meistern und die Voraussetzung dafür ist Vertrauen. Und genau dieses Vertrauen wird beschädigt, wenn sich die Bundesregierung in einem so zentralen Thema wie der Arbeitszeit alleine, ohne die Gewerkschaften, auf den Weg macht.